



**WOCHENENDE:** Literarisches zum Thema Mann + Frau.



**SALZBURG:** Der langsame Abschied des Erzbischofs. Lokalteil

## Das Zeitalter der Bürger ist gekommen

MANFRED PERTERER

Im Artikel 1 unserer Bundesverfassung steht geschrieben: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“

Da wir das politische Tagesgeschäft nicht selbst erledigen können und wollen, überlassen wir es gewählten Volksvertretern. Sie, und nur sie, bestimmen in unserer repräsentativen Demokratie, was in diesem Land geschieht. Selbst die Frage, ob es zu einem Thema eine Volksabstimmung geben soll, kann nur von einer Mehrheit der Abgeordneten beschlossen werden.

Die einzige Chance der Bürger, zumindest indirekt auf das politische Geschehen in der Republik Einfluss zu nehmen, besteht nur alle fünf Jahre bei Wahlen. Und selbst dabei reicht der Arm des Volkes nicht weit. Wer von den Bürgern gewählt werden kann, muss zunächst von einer Partei auserwählt werden. Auf diesen Prozess haben die Bürger keinen

**„Bürger, die mitreden wollen, gehen der Politik auf die Nerven.“**

Einfluss. Ebenso wenig dürfen sie mitreden, wer in der Regierung sitzt, die letztendlich das Machtzentrum der Republik bildet.

Diese strenge Form der repräsentativen Demokratie hatte einst ihren Sinn. Nach der Monarchie mussten die Menschen erst mühsam die Volksherrschaft lernen. In der Ersten Republik ging dies prompt schief und mündete in der Finsternis des Dritten Reichs. Nach den Nazis war es naheliegend, den politischen Wiederaufbau politischen Profis zu überlassen. Die Bürger mussten sich darauf konzentrieren, den materiellen und seelischen Schutt des Kriegs wegzuräumen.

Das Wissen um die gesellschaftlichen Zusammenhänge war gering, der Zugang dazu schwierig. Arbeiten war angesagt, nicht Entscheiden. Das sollten ruhig die gewählten Vertreter tun.

Mit zunehmendem Wohlstand und besserer Bildung wuchs das Bedürfnis der Bürger nach stärkerer



Ausbruchstimmung . . .

www.salzburg.com/wizany

rer Mitbestimmung. Heute, in unserer Informationsgesellschaft, die jedem immer und überall Zugang zu allen politischen Vorgängen ermöglicht, ist dieses Bedürfnis so groß wie nie. Die Menschen wollen mitreden.

Doch die herkömmliche Politik hinkt dieser Entwicklung hinterher. Die Instrumente für mehr Bürgermitbestimmung hätte sie. Aber ihr fehlen der Wille und

noch öfter der Mut, diese auch einzusetzen.

Bürger sind den Politikern lästig. Sie nerven und stören mit ihren Einwänden die geübten Abläufe der Machtausübung. Sie sind für die inzwischen einbetonierte Strukturen gefährlich. Sie sollen alle paar Jahre wählen, aber für den Rest der Zeit den Mund halten.

In Salzburg, dem Land, in dem

die österreichische Bürgerbewegung ihre Anfänge gemacht hat, lässt sich diese tiefe Kluft zwischen organisierter Politik und aufmüpfigen Bürgern derzeit besonders gut beobachten.

Im Lungau, dem kleinsten und zugleich wohl schönsten Bezirk, erregen zwei Energieprojekte den Unmut der Bürger. Zum einen soll an der Mur ein Wasserkraftwerk errichtet werden, von dem nie-

mand außer den Projektbetreibern so recht weiß, welche Auswirkungen es auf die Naturlandschaft haben wird. Zum anderen sollen gewaltige Windräder auf die grünen Bergkuppen dieser Weltlandschaft gepflanzt werden.

Unabhängig von Sinn oder Unsinn der Vorhaben geht die Politik in beiden Fällen ihre alten Wege. Kaum Informationen, kaum Diskussionen, kaum Verhandlungen mit den Bürgern auf Augenhöhe. Es ist die Rede von „vorgesehenen Verfahren“, aber nicht von Mitbestimmung. So wird mit den Bürgern heute verfahren. Dasselbe geschieht in der Stadt Salzburg, wo ein überdimensionierter Luxusbau am Rehl-Platz dem Weltkulturerbe eine hässliche Narbe zufügen soll. Die Bürger wehren sich. Doch sie kämpfen gegen

**Die Zeit des Drüberfahrens neigt sich dem Ende zu.**

Windmühlen. Und gegen eine alte Politik. Es ist keine Politik des Miteinanders, keine Politik des Dialogs und der Überzeugungsarbeit. Es ist eine Politik des Drüberfahrens. Doch diese Zeit neigt sich dem Ende zu. Das Zeitalter der Bürger ist gekommen.

Seit wir vor mehr als einem Jahr die Initiative „Für Österreich“ gestartet haben, steht die stärkere Mitbestimmung der Bürger am politischen Geschehen ganz oben auf der Agenda. Unter dem Druck der Zivilgesellschaft hat sich sogar einiges bewegt. So wie bei Bildung und Wissenschaft, bei Integration und Dialog der Generationen, bei Staatsreform, Wirtschaft und Umwelt (siehe die folgenden Seiten) hat die alte Politik zumindest reagiert. Einzelne Maßnahmen wurden gesetzt oder zumindest geplant. Da und dort wurde die Basis für den Aufbruch in eine neue Zeit geschaffen.

Noch ist diese neue Politik der Partnerschaft mit den Bürgern eine leere Hülle. Sie muss erst mit Leben erfüllt werden. Doch die Erfahrung der letzten Monate zeigt: Wenn die Bürgerinnen und Bürger ernsthaft und geschlossen Partei ergreifen, kommt in die versteinerte Politik Bewegung.

**Für Österreich, eine Initiative der „Salzburger Nachrichten“**

Seiten 1 bis 6



Deutschland € 1,90 • Italien € 2,20  
P.b.b. Erscheinungsort Salzburg  
Verlagspostamt 5020 Salzburg  
022031431T

Salzburger Nachrichten  
5021 Salzburg  
Karolingerstraße 40  
**0662/8373**

Abonnenten-Service: 0662/8373-222  
aboservice@salzburg.com  
redakt@salzburg.com  
anzeigen@salzburg.com  
leserbriefe@salzburg.com

Aktuelle News, die Zeitung elektronisch,  
Videos, Bilder, Community, aktuelle Debatten  
und Leserforum auf  
**www.salzburg.com**

Anzeigenführer S. 23  
Impressum S. 36  
TV, Radio S. 16-18  
Wetter S. 30  
Horoskop S. 30

Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.



MITGLIED DES  
VERBANDES  
ÖSTERREICHISCHER  
ZEITUNGEN

